

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 10 Pf. pro Woche. Einjahresabonnement 50 Pf. (incl. Post). Einzelhefte 2 Pf. 10 Pf. im Monat, bei Vorbestellung durch die Post 1,20 RM. bei Postbestellung gebührt. Einzelnummern 2 Pf. 10 Pf. im Monat, bei Vorbestellung durch die Post 1,20 RM. bei Postbestellung gebührt. Einzelnummern 2 Pf. 10 Pf. im Monat, bei Vorbestellung durch die Post 1,20 RM. bei Postbestellung gebührt.

Verlagsort: Die Hauptredaktion Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Druck: Wilsdruff Nr. 6. Druck: Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 277. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 29. November 1927

## Keine Ausgaben ohne Einnahmen.

Die Herren Volksboten im Deutschen Reichstag werden in den nächsten Wochen und Monaten nicht zu lachen haben, denn vergeblich türmt sich vor ihnen die Arbeit auf. Außer dem Reichsschulgesetz und der Besoldungsreform noch das neue Strafbuch und die Verwaltungsreform im Reich, über die ja Anfang Januar die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin mit der Reichsregierung die ersten Besprechungen abhalten werden. Und dann noch der Etat des Reiches für das Jahr 1928, der eigentlich schon bis zum Beginn des Etatsjahres, dem 1. April durchberaten und beschlossen sein müßte, dieses Ziel aber möglicherweise nicht erreicht, wie es bisher ja auch fast die Regel war. Vielleicht ist's diesmal auch noch schwerer erreichbar, weil jeder nur denkbare Versuch gemacht werden wird und gemacht werden muß, die Reichsausgaben möglichst herabzudrücken, nicht bloß deswegen, weil sie an und für sich schon unerträglich hoch sind, sondern, weil Deutschland ja während des Etatsjahres 1928/29 am künftigen 1. September die volle Last der Dawes-Verpflichtungen auf sich zu nehmen hat, an diesem Zeitpunkt das „Normaljahr“ des Dawes-Planes beginnt.

Jedes Jahr entspinnt sich bei der Vorbereitung des Reichshaushalts für das kommende Jahr ein heftiger Kampf zunächst einmal zwischen dem Reichsfinanzministerium und den anderen Behörden, die dort ihre finanziellen Ansprüche personeller und sachlicher Art anmelden. Wie die Löwin ihr Junges, so verteidigt jede Behörde die „absolute Notwendigkeit“ ihrer Ausgaben — aber das Finanzministerium vermag das so wenig einzusehen, daß es den Blauschliff oft und gern zur Hand nimmt, um Abstriche zu vollziehen. Auf der anderen Seite ist man sehr vorsichtig bei der Abschätzung, wie hoch die kommenden Einnahmen sein werden, besonders dann, wenn die wirtschaftliche Weiterentwicklung sich nicht mit aller Deutlichkeit übersehen läßt. Dann geschieht es natürlich leicht, daß — wie beispielsweise schon in familiären Monaten des laufenden Etatsjahres — tatsächlich weit höhere Summen aus den Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben herbeigeklopft sind, als der Vorausschlag vorgesehen hat.

Weniger im Reichstag als — in monatlicher Beratung — im Reichstag geht dann der zweite Kampf um den Etat vor sich, nämlich der zwischen den Volksboten und der Regierung. Und weniger im Sitzungssaal, wo doch bloß mehr oder weniger großartige politische Reden über die einzelnen Etats und dazu noch oft genug nur zum Fenster hinaus gehalten werden, sondern in dem Gang zum Reichstag, dort sind die Abgeordneten und die Minister oder ihre Referenten übernehmend die Rolle der Löwin. Bloß muß ihnen das manchmal nicht sein.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat ja vor einigen Tagen mitgeteilt, daß sich der Reichshaushalt trotz der erhöhten Beamteneinkünfte und trotz des mit großen neuen Ausgaben verknüpften Liquidationsschadenabsehens in Einnahmen und Ausgaben decken werde. Hoffentlich erfüllt sich auch seine Ansicht, daß dem Reich ja aus der Erwerbslosenfürsorge Kosten auch dann nicht erwachsen werden, wenn die Arbeitslosigkeit, gegen deren Folgen jetzt die neue Versicherung eingerichtet ist, wiederum beträchtlich anzuwachsen sollte. Das katastrophale Ansteigen der Arbeitslosigkeit hat ja dem Reich und den anderen an der Tragung der Kosten Beteiligten einen Vorkurs von insgesamt etwa zwei Milliarden verursacht, die den ganzen Etat fast über den Haufen rannten. Diese einmaligen (außerordentlichen) Ausgaben kommen also jetzt in Fortfall und damit auch ein großer Teil der Anleihebedürfnisse des Reiches.

Reider aber waren — um ein Beispiel zu geben — im Etatsjahr 1925/26 nicht weniger als 41,5 Prozent des Zuschußbedarfs des Reiches solche Ausgaben, die als unmittelbare Kriegsfolgen zu betrachten sind, nämlich 2,5 Milliarden. Und das ist ein Posten, an dem nicht viel zu streichen ist. Kommen dort auch allmählich manche Ausgaben in Fortfall, so lasten auf ihm doch die Haushaltszahlungen auf Grund der Dawes-Verpflichtungen. Und diese schwellen im nächsten Jahr noch beträchtlich an. Dazu haben sich die sozialen Lasten gegen 1913 jetzt schon mindestens verdreifacht. Die scharfe Kritik, die Parker Gilbert, der Reparationsagent, am Reichshaushalt geübt hat, wird ihre Schatten auf die kommenden Etatsberatungen des Reichstages werfen. Aber die Volksboten müssen schließlich auch einmal von dem zwar selbstverständlichen, aber trotzdem oft nicht befolgten Grundsatz: „Keine Ausgaben ohne Einnahmen!“ nach der Richtung hin abweichen, daß sie durchzuführen: „Fort mit der wachsenden Steuerbelastung! Sparen, Sparen!“

## Die Riesenüberschwemmungen in Afrika.

Hunderte von Todesopfern. Ein Vulkanebruch von ungewöhnlicher Dauer hat weite Teile Nordafrikas überschwemmt. Die Sandwüste ist zu einer Wasserwüste geworden. Durch den Bruch des Staubammes des Berges wurden 5000 bis 6000 Kubikmeter Gestein weg-

## Der Reichsarbeitsminister über die politische Lage

Rede auf einem Zentrumsparteitag.

In Osnabrück hielt anläßlich des Zentrumsparteitages des Osnabrücker Landes der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Rede über die politische Lage. Er erklärte, daß die Lage zur Genüge durch die Denkschrift des Reparationsagenten gekennzeichnet werde, aber man könne trotzdem von einem Aufstieg Deutschlands sprechen. Der Weg, der mit Locarno begonnen habe, müsse in der Außenpolitik weitergegangen werden. Was die Wirtschaftspolitik angehe, so müsse unser Streben vor allem auf Verrückung der Passivität der Handelsbilanz gerichtet sein; darum ergebe sich die Pflicht, für die Landwirtschaft zu sorgen, da mit einer Förderung der Landwirtschaft auch der Industrie und der Arbeiterklasse geholfen sei.

Wahrung zur Sparsamkeit. Der Minister betonte dann, daß in Anbetracht unserer Finanzlage eine Wahrung zur Sparsamkeit am Platze sei, und daß die Reichsregierung sich dem Studium einer Vereinfachung der Verwaltung hingebe. Auch die Beamtenbesoldungsreform und das Reichsschulgesetz wurden gestreift. Von der Besoldungsreform sagte der Minister, daß eine Erhöhung über die Gesamtkosten der jetzigen Vorlage hinaus unmöglich sei und unweigerlich zu einer Demission des Kabinetts führen würde. Der Schulgesetzentwurf sei notwendig gewesen, da in Anbetracht der fortschreitenden Zersetzung auf dem Gebiete der Weltanschauung die Erhaltung der Konfessionskunde von Wichtigkeit sei.

## Das französisch-jugoslawische Bündnis.

Unterzeichnung in Belgrad. König Alexander hat jetzt den französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag in Belgrad unterzeichnet. Die Schriftstücke werden nunmehr zur Unterzeichnung durch den Präsidenten der Französischen Republik nach Paris gesandt.

Das französische Außenministerium veröffentlicht nunmehr den Wortlaut des am 11. November zwischen Frankreich und Jugoslawien unterzeichneten Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages. Die Veröffentlichung bringt nichts Neues. Es liegen zwei Schriftstücke vor, ein Bündnisvertrag und ein Schiedsgerichtsvertrag. In dem Bündnisvertrag wird noch einmal beteuert, daß beide Mächte den Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens in Europa haben. Sie sind überzeugt von der Pflicht der modernen Regierungen, die Wiederkehr der Kriege zu vermeiden durch friedliche Regelung von Streitigkeiten, die zwischen ihnen entstehen könnten. In diesem Zweck haben sie beschlossen, sich gegenseitig neue Friedens-, Verständigungs- und Freundschaftspfade zu geben.

geschwemmt. In den Häusern von Ferragone steht das Wasser zwei bis drei Meter hoch. Die Straße nach Oran ist drei Kilometer weit überschwemmt und der Verkehr unterbrochen. Das Stauerwerk hätte die ganze dortige Gegend mit dem für die Landwirtschaft so notwendigen Wasser versorgt. Angesichts der Verunsicherung des Staates ist nicht nur die Ernte in Frage gestellt, sondern die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion vielmehr auf Jahre hinaus unterbunden. Die Schäden allein in der Gegend von Ferragone kann man jetzt schon auf mindestens zehn Millionen Franz Franken schätzen. Aus Mosagone wird gemeldet, daß der Fluss Wabi-Sera, der die Stadt unterirdisch durchquert, sein unterirdisches Bett gesprengt und der unteren Teil der Stadt überschwemmt hat. Dabei sind 20 Personen ums Leben gekommen. Auch aus Tunis werden Wolkenbrüche berichtet. Die Reisenden eines durch das Hochwasser blockierter Eisenbahnzuges mußten durch Flugzeuge verproviantiert werden. Nur mit größter Mühe gelang es, Milch für die in Frage befindlichen kleinen Kinder herbeizuschaffen. Ein amtliches Telegramm des Generalgouverneurs von Algerien schätzte die Zahl der Todesopfer bei der Überschwemmungskatastrophe in Mosagone auf hundert.

## Auch D 1230 bricht den Amerikaflug ab

Das Junkersflugzeug „D. 1230“, das nach mehreren Monaten Warten auf günstiges Wetter vor kurzem zweimal vergeblich versuchte, von Horia auf den Azoren aus nach Amerika zu fliegen, soll jetzt abmontiert werden, da weitere Versuche in dieser Jahreszeit aussichtslos sind. Ein neuer Start zum Ozeanflug soll er im nächsten Frühjahr unternommen werden. Die Piloten sind nach Europa zurückgeführt. Die an den Azoren herrschende Dürre hat sich als so stark gezeigt, daß bei den letzten Startversuchen die Wellen mehrfach die Propeller des Flugzeugs trafen und selbst die Flugzeug selbst und sein Schwimmergestell durchaus widerstandsfähig aus gegenüber dieser hohen Beanspruchung gezeigt haben, so mußten deshalb doch die zur endgültigen Entscheidung über die Möglichkeit einer Flugfortsetzung in Horia eingetroffenen Sachverständigen sich für den Abbruch des Fluges entscheiden.

## Der polnisch-litauische Konflikt.

Versuche zur Regierungsumbildung in Kowno. Die Nachricht, daß in Kowno die litauische Regierung bereits gestürzt und durch eine Putschregierung ersetzt sei, hat sich vorläufig als falsch herausgestellt. Jedoch soll der Zustand in Litauen äußerst kritisch sein.

Präsident Woldeymaras versucht eine Umbildung seines bisherigen Kabinetts. Verhandlungen haben zwischen dem Ministerpräsidenten und den christlichen Demokraten stattgefunden, die aber anscheinend erfolglos verlaufen sind, denn man spricht jetzt davon, daß wahrscheinlich noch heute ein Ultimatum der Oppositionsparteien sowie der Armee von Woldeymaras die Umbildung der Regierung verlangen werde. Die Bildung einer neuen Regierung soll auch von dem bisherigen Gesandten in Berlin, Sidjanskas, versucht werden, der in Kowno eingetroffen ist. Eine Nachricht aus polnischer Quelle besagt, die litauische Regierung habe zahlreiche Mitglieder der Oppositionsparteien und des Offizierskorps verhaftet. Auch die Nachricht von der Verhaftung einer Delegation von 20 Militärpersonen unter Führung von Sumatis und Tetrajtis, die sich zu den Präsidenten Smolons und Woldeymaras begeben hatten, wird verbreitet. Die litauische Gefandtschaft in Berlin teilt mit, die in der deutschen Presse verbreiteten Meldungen über angebliche Beziehungen zwischen höheren Offizieren des litauischen Generalstabs mit Polen seien erfunden, desgleichen die Meldung, daß von ten Offizieren der Rücktritt des Ministerpräsidenten Woldeymaras und die Bildung einer Koalitionsregierung gefordert werde.

Die Regierung Woldeymaras in Kowno verflücht, Polen wiederholte ständig seine freundlichen Absichten und gleichzeitig machte es Pläne, Litauen zu annektieren. Litauen habe davor aber keine Furcht, Litauen sei kein Angriffsstaat und habe nicht die Absicht, Polen zu überfallen; aber das litauische Volk sei bereit, seinen Staat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Der polnische Ministerpräsident Biludski will, dem Vernehmen nach, Polen in Genf selbst vertreten. Er wird von dem Außenminister Jalecki begleitet sein.

## Das polnische Parlament aufgelöst.

Warschau, 28. November. Heute mittag wurden Sejm und Senat durch ein Dekret des Staatspräsidenten infolge des Ablaufs der gesetzlichen Tätigkeitsdauer des Parlaments aufgelöst. Die Dekrete, die das Datum des 28. November tragen, wurden durch den Adjutanten des Vizepremier Bartel in den Kongressen des Sejm und des Senats niedergelegt.

## Rundgebung der Studentenschaft in Berlin.

Für großdeutsche Gemeinschaft. Die in Meinungsgegenfug zu dem preussischen Kultusminister Dr. Becker stehenden Studenten an den Berliner Hochschulen hatten zu einer Rundgebung für akademische Freiheit und großdeutsche Gemeinschaft aufgerufen, die im Zirkus Busch stattfinden soll. Im Namen des Vorstandes der Deutschen Studentenschaft erklärte cand. jur. Schmalbe die Rundgebung. Er verlas ein Begrüßungstelegramm des Reichsinnenministers von Keudell. Zweck der Veranstaltung sei es, ein Bekenntnis von den idealen Momenten abzulegen, die die akademische Jugend erfüllen. Es sei eine leichtfertige Behauptung, die Studentenschaft wolle sich den staatsnotwendigen Seiten nicht beugen. Im Gegensatz zu den politischen Parteien betrachte sie den Anschlußgedanken als ihr innerstes Herzensbedürfnis. Professor Martin Spahn-Köln, M. d. R., sprach sodann über „Akademische Freiheit.“

Er schilderte die wechselvollen Kämpfe, die die Studentenschaft seit Kriegsende um ihren Ausbau und ihre Verfassung zu bestehen hatte. Kein äußerer und kein innerer Druck werden das Eigenleben der Studentenschaft erschüttern können. Es hieße die Dinge vollständig auf den Kopf zu stellen, wollte man aus der studentischen Bewegung etwa eine lebhaft antisemitische Frage machen; die Studentenschaft kämpfe um die Erhaltung des großdeutschen Volkstums. Schriftsteller Robert Hohlbaum-Wien sprach über das Thema „Vom größeren Deutschland“. Er betonte das Zehnen der Deutschösterreicher nach dem großdeutschen Reich. In einer Entschließung gelobten die Versammelten, Treue zu halten dem Ideal der akademischen Freiheit und dem Gedanken einer großdeutschen Gemeinschaft.

## 6 Monate Gefängnis für Griechen.

Das mit großer Spannung erwartete Urteil des Hirschberger Landgerichts im Hypnoseprozeß Griechen, in dem zahlreiche Sachverständige über Fragen der Hypnose und Suggestion geäußert worden sind, ist gesprochen: Griechen, der durch viele Vortragsreisen in ganz Deutschland bekannt geworden, „Kannentobst“ und Hypnotiseur, der in erster Instanz wegen